



Bei einer Demonstration in Berlin waren auch Mitglieder des Vereins der Direktversicherungsgeschädigten aus dem Kreis Minden-Lübbecke vor Ort.

Foto: pr

„Die Hoffnung stirbt zuletzt“

Bernard Kotte und Dietrich Ante fordern den sofortigen Stopp der Zwangsabgabe auf Direktversicherung. Dabei setzen sie ihre Erwartungen auf die Politik.

Von Claudia Hyna

Minden (mt). Es sollte eine zusätzliche Alterssicherung sein und zur Entschuldung des Eigenheims dienen. „Doch wir wurden alle getäuscht“, sagt Bernard Kotte (71) bitter. Rund 7000 Euro soll der Rentner aus Barkhausen nachzahlen, bis zum Jahr 2021 werden monatliche Beträge von 60 Euro fällig. Damit sind rund 20 Prozent seiner Altersvorsorge futsch. Helfen kann jetzt nur noch die Politik, glaubt er.

Folgendes ist passiert: Der Diplom-Ingenieur hatte 1992 eine Direktversicherung abgeschlossen, deren Beiträge bis 2009 jeden Monat von seinem Nettogehalt überwiesen wurden. Im Jahr 2011 sollte das angesparte Geld ausgezahlt werden. Stattdessen erfuhr Kotte aus einer Fernseh-Sendung vom sogenannten Gesundheitsmodernisierungsgesetz, das 2004 beschlossen wurde. Dies habe dazu geführt, dass die selbstfinanzierten Lebensversicherungen zu Betriebsrenten erklärt wurden und jetzt doppelte Kranken- und Pflegeversicherungsbeträge aus den Versicherungssummen gezahlt werden müssen. „Das bedeutet, sie zahlen jetzt nicht nur nochmals den Arbeitnehmerbeitrag, sondern zusätzlich den Arbeitgeberbeitrag“, so Kotte.

Betroffen davon sind etwa sechs Millionen Bundesbürger. Einige von ihnen haben sich im vergangenen Jahr zum Verein der Direktversicherungsgeschädigten zusammengeschlossen. Auch im Kreis Minden-Lübbecke treffen sich seit diesem Frühjahr Betroffene ein Mal im Monat an wechselnden Orten, um über die Doppelverbeitragung zu diskutieren. Dazu hatten die Betroffenen aus der Region die Politiker Achim Post (SPD), Dr. Oliver Vogt (CDU) und Frank Schäffler (FDP) eingeladen. Auf

diese setzen sie ihre ganze Hoffnung – und auf die Bundestagswahlen im September.

Zahlungen aus der Direktversicherung werden noch bis ins Jahr 2038 fällig, sagt Dietrich Ante (68), Sprecher des Mindener Vereinsstammtes der Direktversicherungsgeschädigten und Mindener Ratsmitglied. Viele wüssten noch gar nicht, dass sie betroffen sind, ergänzt Kotte. Und jährlich kämen rund 200 000 Geschädigte hinzu. Insgesamt handele es sich um eine Summe von 30 bis 50 Milliarden Euro.

Ante beklagt, dass es bei der Verabschiedung des Gesetzes 2004 vorwiegend um Gesundheitsfragen gegangen sei und daher über die Beitragsregelung gar nicht diskutiert worden sei. „Das war nur ein Anhängsel.“ Viele Abgeordnete hätten daher nicht gewusst, worüber sie abgestimmt haben, das hätten sie aus Gesprächen erfahren. So sagt der ehemalige Politiker Carl-Ludwig Thiele (FDP): „Aus vielen Gesprächen mit Kollegen (...) weiß ich, dass viele – ich gehe von 80 bis 90 Prozent aus – die dem Gesetz zustimmten, nicht wussten, dass eine solche Regelung Bestandteil des Gesetzes war.“

Wer allerdings noch nach 2004 eine Direktversicherung abgeschlossen habe, dürfe sich jetzt nicht beschweren, denn zu dem Zeitpunkt sei das Problem bereits bekannt gewesen, sagt Ante.

Dietrich Ante hatte als ersten Schritt gegen die Beiträge vor dem Sozialgericht Detmold geklagt. Als diese Eingabe auch in den weiteren Instanzen abgewiesen wurde, legte der Mindener Verfassungsbeschwerde ein. Bis auf die Mitteilung des Aktenzeichens hat er bisher aus Karlsruhe allerdings nichts weiter gehört. „Doch die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.“ So weit wie er gehen die wenigsten Opfer, aber Ante und Kot-

Direktversicherung

■ Seit 1. Januar 2004 müssen gesetzlich pflichtversicherte Rentner auch auf solche Versorgungsbezüge Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zahlen, die als Einmalzahlungen geleistet werden. dazu gehören Lebensversicherungen, die über den Arbeitgeber als Direktversicherung gezahlt wurden (GKV-Modernisierungsgesetz).

■ Die Einmalzahlung wird auf zehn Jahre hochgerechnet und der so ermittelte Monatsbetrag mit dem Beitragssatz der Krankenkassen und Pflegeversicherung belegt. Die Versicherungsleistung wird damit zurzeit um rund 18 Prozent vermindert.

■ Der Verein der Direktversiche-

rungsgeschädigten fordert den sofortigen Stopp der Zwangsabgabe und eine Rückerstattung der bereits gezahlten Beiträge.

■ In seiner Verfassungsbeschwerde rügt Ante den Verstoß gegen den Artikel 20 (2 und 3) des Grundgesetzes. Für die von den Kassen verordnete Beitragspflicht gibt es keine gesetzliche Grundlage, schreibt er. Mit der Ergänzung sei eine Umgehung der Beitragspflicht bei Betriebsrenten in eine beitragsfreie Kapitalauszahlung gemeint. Von der Auslegung der Krankenkassen seien rund sechs Millionen Arbeitnehmer und Rentner betroffen. Die Einnahmen der Krankenkassen und Pflegekassen betrügen zwischen 30 und 50 Milliarden Euro.

te sind sich sicher, dass viele Geschädigte eine Klage beim zuständigen Sozialgericht eingereicht haben. „Da stapelt sich was“, sagt Bernard Kotte trocken.

Beide Rentner sprechen von einem Vertrauensbruch – sie hätten angesichts der Beitragserhebung das Vertrauen sowohl in die Politik als auch in den Rechtsstaat verloren, sagt Kotte. „Wir glaubten, etwas Gutes für die Altersvorsorge zu tun, weil es mit den Renten immer schlechter aussieht, doch schließlich fehlt am Ende etwas.“

Das Prozedere mit Klagen und Beschwerden ist aufwendig, das haben viele Opfer am eigenen Leib erfahren müssen. „Am einfachsten wäre der politische Weg“, sagt daher Bernard Kotte. Dabei setzen Kotte und Ante auf die heimischen Politiker, die sie sämtlich zu ihrem Stammtisch eingeladen haben. Alle hätten versprochen, sich für das Thema – auch im Wahlkampf – einzusetzen. „Sie stehen hinter uns“, so Kotte. Ziel sei es, das Gesetz zu kippen und damit sollen sowohl rückwirkende Beträge und auch künftige Zahlungen erstattet werden.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, hat sich der Verein an einer Flyeraktion in Berlin beteiligt, auch in Minden gab es einen Informationsstand. Die nächste Flyeraktion ist zum 100-jährigen Bestehen des SoVD am 26. August in Stadthagen geplant. Um 16 Uhr gibt es eine Podiumsdiskussion mit den vier Bundestagskandidaten mit dem Titel „Lieber nicht arm dran“.

Der nächste Stammtisch der Direktversicherungsgeschädigten in der Region Minden-Lübbecke findet am Montag, 11. September, um 18 Uhr in der Gaststätte Kaisersaal, Königsstraße 122 in Minden, statt.

■ www.dvg-ev.org



Dietrich Ante (l.) und Bernard Kotte (r.) sind von der Doppelverbeitragung betroffen und wehren sich dagegen. MT-Foto: Alex Lehn

DAS SAGEN DIE POLITIKER

Achim Post



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Post unterstützt das Anliegen der Direktversicherungsgeschädigten aus Überzeugung. Deshalb setzt er sich für die Abschaffung der „Doppelverbeitragung“ bei betrieblicher Altersvorsorge ein. „Ich finde es absolut inakzeptabel, wenn Arbeitnehmer auch den Arbeitgeberanteil in der Kranken- und

Pflegeversicherung zahlen müssen. Außerdem muss dringend überprüft werden, ob diese Doppelverbeitragung bei bereits bestehenden Verträgen rückwirkend geändert werden kann.“ Nach seinem Treffen mit den Vereinsmitgliedern sei es ihm gelungen, einen einstimmigen Beschluss des SPD-Präsidiums und Parteivorstandes zu erwirken. „Das ist ein wichtiger Schritt. Aber es ist nur ein Anfang“, sagt er. Alle Parteien seien aufgefordert, sich zu entscheiden und zu handeln, um diese Ungerechtigkeit zu ändern, meint Post.

Oliver Vogt



Der Bundestagskandidat der CDU, Dr. Oliver Vogt, bedauert, dass das Problem kein Thema im öffentlichen Fokus ist – obwohl es seit 2003 akut ist. Anfangs seien nur wenige betroffen gewesen, doch es würden zunehmend mehr. Zunächst habe er keine Kenntnis von den Sachverhalten gehabt. Daher sei er „schockiert“ gewesen, als er mit den persönlichen

Schicksalen konfrontiert wurde. Vogt war im Juli beim Stammtisch der Direktversicherungsgeschädigten zu Gast. Er versprach den Mitgliedern, sich dafür einzusetzen, dass „diese Ungerechtigkeit beseitigt wird“. Es sei nicht zu leugnen, dass ein umfangreicher finanzieller Aufwand auf den Staat bzw. die Krankenkassen zukomme. Es handele sich um zweistellige Milliardenbeträge. Oliver Vogt will mit dem parlamentarischen Staatssekretär Jens Spahn sprechen, um ihn von seinem Anliegen zu überzeugen.

Frank Schäffler



FDP-Politiker Frank Schäffler war beim ersten Stammtisch im März dabei. Die Landes-FDP hat 2015 einen Antrag eingebracht, dass sich die Regierung für die Abschaffung der Doppelverbeitragung einsetzen soll. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dazu der Bundestagskandidat: „Die Beitragspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung für Auszahlun-

gen aus Direktversicherungen ist eine schreiende Ungerechtigkeit, die beseitigt werden muss. Die 2004 eingeführte Maßnahme reduziert rückwirkend die Auszahlungen in der betrieblichen Altersvorsorge. Das belastet Millionen von Sparern, die sich eine Zusatzrente angespart haben. Nicht nur durch die Nullzinspolitik der EZB, sondern auch durch die damaligen Eingriffe der SPD in das Sparvermögen werden die Bürger um ihre Lebensleistung gebracht.“ Für eine Änderung wird sich die FDP einsetzen, versprach Schäffler.